

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

86 (18.4.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt, Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Anzeigen: Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 26 Pfg., Kleinanzeigen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Einzelnen-Gewerbetreibenden an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verlagsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Bogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Bogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Kleinanzeigen: Hermann Waßler in Karlsruhe.

Unzufriedenheit in den Schutzgebieten.

Herr Dernburg läßt sich in Berlin so reichlich Befall spenden, daß man in der Kommission vorgeschlagen hat, ihn zum Direktor der neuen Zentrale für Kolonialpropaganda zu ernennen, was verständnisvolle Geister ablehnen. Denn ganz anders als nach den schönfärblichen Berichten der Dernburgpresse sieht es draußen in den Kolonien aus; ja man kann ohne jede Übertreibung sagen, daß hier die Unzufriedenheit einen Höhepunkt erreicht hat, der bisher unbekannt war und daß in einzelnen Schutzgebieten sich eine Unzufriedenheit an den Tag legt, die nahe an Rebellion grenzt. Alle glänzenden Reden Dernburgs und alle Zahlenoperationen können diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Selbst wenn man annimmt, daß in den Besitztümern viel Unzufriedenheit liegt, so bleibt doch ein großer Schaden an der Verwirrung zurück. Nur in Samoa und Kamerun scheinen die Verhältnisse leidlich zu sein.

In Ostafrika ist zwar die Opposition zwischen dem kleinen Häuflein Anführer und der Regierung im Abflauen begriffen; Gouvernment und Kolonialverwaltung gehen hier seit 3 Jahren Hand in Hand in der Durchführung der negererhaltenden Politik; die Anführer haben gar bald ein, daß ihre Befürchtungen nicht eintreten und daß genügend Arbeitskräfte sich melden, ja das Angebot stieg, je mehr in sanitärer und humaner Hinsicht für den Neger geschah. Daß ab und zu noch Wellenschläge der einseitig hochgehenden Bewegung sich bemerkbar machen, ist nicht überraschend. Der Konflikt in Neu-Guinea zwischen Gouverneur und Gouvernementsrat ist äußerlich beigelegt; aber die Erregung glimmt unter der Asche weiter. Die einseitig auch in Reichsangelegenheiten bekämpfte Einführung des Ausfuhrzolls auf Koka will den Anführern immer noch nicht ankommen; gegen eine Reihe von governementalen Maßnahmen erhebt sich mit Recht die Opposition. Die Anordnungen zur Erhaltung der eingeborenen Arbeitskraft, die erste Voraussetzung für die Entwicklung der Plantagenkultur, werden von den Behörden selbst nicht eingehalten; was der Gouverneur in der Theorie verkündet, führt er in der Praxis nicht durch. Die unphylanten Verhältnisse in Südwestafrika kommen am deutlichsten zum Ausdruck in der nunmehr begonnenen Klage der obersten Spitze der Verwaltung aus der Kolonie. Gouverneur von Südwestafrika ist nicht wieder zurück, da er die großbürokratische Politik Dernburgs nicht vertreten kann und dessen unbegründete Vorwürfe wegen der Haltung der Beamten nicht auf sich sitzen lassen will; der erste Vertreter des Gouverneurs trägt sich auch mit Rücktrittsgedanken. Der Führer der Schutztruppe, Oberst v. Etorf, und sein tüchtigster Stabsoffizier Major Märker meldeten sich gleichzeitig zum Rücktritt ins Land. Die Organe der beschränkten Selbstverwaltung stehen in Opposition zur Kolonialverwaltung. Die kürzlich eingetragene Denkschrift der Rinderzüchter berichtigt und ergänzt die amtliche Diamanten-Denkschrift und gibt dem Reichstage in ruhiger und sachlicher Form eine ganz andere Darstellung, als es Dernburg beliebte. Der in letzter Stunde durch den Reichstag bereinigte Vertrag wird erst hier in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit

keit beleuchtet und erkannt. Man wird in weiten Kreisen des Mutterlandes die bisherige Ansicht einer Revision unterziehen müssen, wenn man die Petition der Südwester objektiv würdigen, und der einst so geschmähte Bürgermeister Kreplin hat zu seiner Ehrenrettung das Zeugnis des kaiserlichen Bezirksamtsmannes beigebracht; da wird auch der Staatssekretär um eine öffentliche Genugtuung nicht herumkommen, selbst wenn er das Disziplinarverfahren gegen Kreplin weitergehen läßt. Die Unzufriedenheit in Südwest wird nicht dadurch beseitigt, daß man eine Zeitung aufkauft und sie dann in offiziellen Stil schreiben läßt; das Blatt wird bald in der Kolonie keine Abonnenten mehr haben und kann dann nur im Heimatland Potemkinsche Dörfer der Zufriedenheit und Harmonie vorzaubern. Die heutige Spannung kann ohne Schädigung des Allgemeinwohlens nicht mehr lange dauern; eine Reihe von Wünschen der Kolonisten muß unbedingt erfüllt werden.

Samoa petitioniert um Selbstverwaltung und weist darauf hin, daß es deren Vorbedingung, die Selbstverwaltung, erfüllt; diese Forderung darf im Reichstag auf Berücksichtigung rechnen; denn die Selbstverwaltung der eingeborenen Samoaner geht heute weiter als die der zugewanderten Deutschen. Der Rattenkönig von Beleidigungsprozessen des Gouverneurs gegen einzelne Farmer und Anführer ist kein glänzendes Zeichen für die Verwaltung. Die Anzahl und das Gewicht der gegen den ersten Beamten erhobenen Klagen ist nicht unbedeutend.

Auch Kamerun wünscht Ausdehnung der Selbstverwaltung, und zwar über den Rahmen der letzten Verordnung hinaus. Es ist ein recht erfreuliches Zeichen, daß in unseren Schutzgebieten überall das Kräftegefühl sich regt und daß man den Mut der Selbstverwaltung an den Tag legt. Die Kolonisten wünschen nichts, als diese Selbstverwaltung auf Kosten des heimatischen Geldbrotens gehebe; was sie selber ausbringen, wollen sie verwalten. Sie sind bereit, hohe Abgaben und Steuern auf sich zu nehmen; aber sie wollen auch Rechte. Diese Forderung kann man nicht mit dem Schlagwort „unreife“ abtun; es kann für das Mutterland ein welthistorischer Moment von größter Tragweite sein, wenn es so begründete Forderungen ignoriert oder ablehnt. Ein weitauflaufendes Geben zur rechten Zeit festsetzt die Kolonie weit mehr an das Heimatland, als wenn dieses sich alles abtrotzen läßt und nur unwillig Konzessionen gibt, die innerlich gut begründet sind. Ob die heutige Kolonialverwaltung dazu sich aufschwingt, erhebt in höchstem Grade zweifelhaft; aber der Reichstag hat die Pflicht, unter allen Umständen auf der Hut zu sein und sich der Kolonisten anzunehmen. Gerade glänzend ist bis jetzt die Bilanz für das neue System nicht ausgefallen.

Deutschland.

Der Wahlausfall in Diefko wird in der konservativen Presse übereinstimmend auf die Unmöglichkeit weiterer konservativer Kreise zurückgeführt und nicht mit Unrecht. Wie wir erfahren, hat in diesem Kreise seit Bestehen des Reiches noch nie eine Wahlversammlung

stattgefunden, nie wurde den Leuten ein Bericht erstattet; es hieß vor den Wahlen nur: man wählt Königstein und gab konservative Zettel ab. Darum schreibt die „Kont. Korresp.“ auch sehr zutreffend:

Dieser Wahlausgang enthält für die konservative Partei erste Lehren. Er zeigt, daß es absolut sichere Mandate in der Gegenwart nicht mehr gibt und daß auch dort, wo seit Jahren das konservative Banner ungefaltet und siegreich weht hat, die Hände niemals und unter keinen Umständen in den Stütz geleget werden dürfen. Jeder konservative Abgeordnete, den das Vertrauen der Mehrheit der Wähler eines Kreises in das Parlament entsetzt, hat — die Wahl vom letzten Tage zeigt es deutlich — die ernste Pflicht, sich der ununterbrochenen engsten Fühlungsnahme mit seiner Wählerschaft zu befleißigen, es an gründlicher Aufklärung über jede schwerwiegende Frage zu fehlen und seinen politischen Vorgang in seinem Kreise unbedacht zu lassen. In demselben Sinne sprechen alle konservativen Blätter. Der „Reichsbote“ schreibt die Niederlage gleichfalls konservativer Mäßigkeit und Bescheidenheit, insbesondere auch der Landratskandidatur zu und wendet sich im übrigen mit großer Schärfe gegen die Ausführung der bekannten Philippiprophetieung des Wilhelms-Interviews: „An dieses Blatt aus einem der verchiedenen Wilhelmschen Schwamengelange abdrucken läßt die „Post“ aus eigenem die lapidare Weisheit: „Das Ergebnis der Ertragwahl in Diefko-Ludwigsburg bestätigt die Voraussetzungen des hiesigen Wilhelms-Interviews und auf dem Wege nach Philippsthal, weil dies von der „Post“ gewünscht wird, braucht es noch nicht zugestehen. Wir meinen aber, zu allererst lasse sich solche Prognose durch Jubiläumstage von Hinters aus Wilhelmschen hon- oder malinos fügen. Auch wenn man zu der Haltung der Konservativen in der Reichstagsfeierfrage anders steht, als der Vorstand der Partei im vorigen Sommer, wird man noch lange nicht dem hiesigen Wilhelms das Recht zugestehen, den größeren Teil der Schuld an seinem Sturz vor sich ab und nach der Seite der Konservativen zu schieben. Und sein Wort: „Bei Philippsthal sehen wir uns wieder!“ ist und bleibt im besten Falle eine faciem de parier, wie die Wahlkritik, die sich der 4. Kammer selbstgefällig und selbstgerecht selbst widmete.“

Die liberalen Blätter sind im siebten Himmel. Die „National-Zeitung“ schreibt: Der Sieg der national-liberalen Partei ist ein großer Erfolg im schärfsten und wahrsten Sinne des Wortes; denn er ist aus eigener Kraft gegenwärtig einem Feind, der in seiner Position stand und alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu benutzen wußte. Was in Diefko-Ludwigsburg geschehen, ist morgen auch anderswo möglich. Der Tag von Johannsburg beweist, daß noch die alte Taktik vorhanden sei. Das lassen aber die Freilichtigen nicht gelten; denn die „Freilicht-Zeitung“ erklärt, daß der Sieg „nur durch das neue Einsetzen der fortschrittlichen Volkspartei für Kochen möglich gewesen. Bei den Wahlen von 1907 erhielt, wie gesagt, der freilichtige Kandidat nur 833 Stimmen und etwa ebenso viele waren im Jahre 1903 abgegeben worden. Diese geringe Stimmenzahl gibt aber ein ganz falsches Bild von der Stärke der fortschrittlichen Volkspartei in dem Wahlkreise. Bei den Wahlen, zu denen seitens der Freilichtigen erstattet agitiert wurde, sind ganz bedeutend mehr entschieden liberale Stimmen aufgebracht worden. So waren 1893 4730 (gegen 2992 gemäßig liberalen), bei der Ertragwahl von 1895 3889 und im Jahre 1898 3463 volksparteiliche Stimmen abgegeben. Man ersieht daraus, daß die Unterstützung durch die Volkspartei für den Wahlsieg der National-liberalen von entscheidender Bedeutung gewesen ist.“ Aber in einschlägigen liberalen Kreisen spricht man selbst von einem Durchbruch; denn wenn die Wähler nun sehen, daß alles beim alten bleibt und nicht jeder, die

von den Liberalen zugesicherten 40 Morgen Land erhält, würde das nächste Mal eben wieder ein Konservativer siegen.

Graf Orsola gestorben. Der Reichstagsabgeordnete Graf Orsola ist heute nacht halb 2 Uhr im Kaiserhof in Gegenwart seiner Gemahlin und seines Bruders gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Der verstorbene Landesökonomierat Kennemann soll seinen ganzen Grundbesitz dem preussischen Staate vermacht haben. Dazu bemerkt die „Kreuzzeitung“: Diese Mitteilung ist vollständig aus der Luft gegriffen. Diese Mitteilung steht seit 4 Jahren unwiderlegt in der konservativen Korrespondenz und wurde auch von der konservativen Korrespondenz bestätigt. Der Kennemannsche Grundbesitz wird auf 80—100000 oder mehr Morgen geschätzt. Wir haben nie an ein solches Opfer eines Gutsbesitzers geglaubt; diese Leute sind sehr gern bereit, Gelder einzusackeln, aber selbst zu opfern, steigt nicht in ihrem Katasterbuch.

Die Konferenz wegen Herbeiführung eines internationalen Wechselrechts wird voraussichtlich im Juni d. J. im Haag stattfinden. Als Delegierte Deutschlands werden der Konferenz beizuwohnen der Wirkliche Geheim Legationsrat Dr. Kriege vom Auswärtigen Amt und der Geheim Justizrat Simons vom Reichsjustizamt.

Die mecklenburgische Verfassungsfrage. Im Ständehaus zu Rostock trat heute eine von Ständemitgliedern zahlreich besuchte Versammlung zwecks Beratung weiterer Schritte zusammen, die zu einer Einigung über die mecklenburgische Verfassungsfrage zwischen der Regierung und den beiden Ständen führen könnte. Die Versammlung, die mehrere Stunden dauerte, endete mit der Annahme einer Resolution, in der sich die Stände bereit erklären, mit der Regierung in weitere Verhandlungen einzutreten auf der Grundlage der Beibehaltung der ständischen Vertretung unter Ablehnung von allgemeinen Wahlen. Die Versammlung wählte eine Abordnung von 12 Vertretern der Ritterschaft und der Bürgermeister, die den Auftrag erhielt, eine Audienz beim Großherzog zu erbitten und unter Überreichung der Resolution über den Verlauf der Versammlung zu berichten.

Die preussische Wahlrechtsvorlage hat nun auch im Herrenhause die erste Lesung hinter sich. Und die Kommission, welcher die Weiterberatung obliegt, ist gebildet und hat am Samstag ihre Beratungen aufgenommen. Zum Vorsitzenden wurde Graf Voß zu Eulenburg gewählt. Die Kommission trat zunächst in eine Generaldebatte ein, die sich sehr lebhaft gestaltete. Dabei traten die gleichen Gegenstände in der Beurteilung des Gegenstandes wie im Plenum zutage. Die beiden extremen Richtungen verurteilten, wenn auch aus entgegengesetzten Gründen, die jetzige Vorlage. Besonders nachdrücklich wurde vor einer nachträglichen Ausweitung des Zentrums gewarnt. Es wurde der Gedanke einer Erleichterung von weiteren Verfassungsänderungen erörtert.

Die Verhandlung im Plenum war nicht geeignet, irgend welche Hoffnungen aufkommen zu lassen nach der Richtung, daß die jetzige Vorlage Gesetz werde. Die Regierung, vertreten durch den Ministerpräsidenten Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und jeder,

Tanon Gold

oder das Erbe von Moultry Hall.
Criminalroman aus dem Englischen des H. J. Smith in freier deutscher Bearbeitung von ...

43) (Fortsetzung.)
Lady Alicia stützte den Kopf auf die Hand und schien eine Zeit lang in tiefes Sinnen verloren. Bläulich überlagerte ein unheimliches Lächeln ihre eisigen Lippen. „Stumm mit, Egbert,“ sagte sie, „ich verstehe dich.“
„Ich werde Deines Bestandes bedürfen.“
Der Sohn erhob sich und folgte ihr, nicht — wie er vermutet — nach ihrem Boudoir, sondern nach dem früher von Mary bewohnten Zimmer. Hier sah sich das kostbare Weib hastig um, bis ihr Blick auf ein kleines, altmodisches, eichenes Kistchen fiel, in dem Mary ihren Schmuck und sonstige Sachen, die für sie besonderen Wert hatten, aufzubewahren pflegte. „Da! brich das Schloß auf, wenn Du kannst,“ sagte Egbert zu Alicia. „Ich glaube nicht, daß Lady Cheeverly — ein teuflisches Lächeln umspielte ihre Lippen, wie sie den Namen aussprach — ihre Briefe mitgenommen hat.“
Das Schloß war bald geöffnet, und nun wurde Schublade um Schublade untersucht. In einer derselben waren einige Kleingeldstücke, die Lady Gaston als Spielgaben Alberts erkannte.
„Da sind sie nicht!“ rief sie und schob hastig die Lade zu. — Die nächste enthielt, was sie suchte — einen Bad Brief von Edwards Hand, von einem schwarzen Bande zusammengehalten.
„Die Heuchlerin!“ fuhr sie heraus, als sie sich derselben versichert hatte. — „Ich sehe nicht recht ein,

welchen Wert die Briefe für Sie haben können,“ bemerkte ihr Sohn, wie sie in das Speisezimmer zurückkehrte. „Was wollen Sie denn damit anfangen?“ — „Sie zu Grunde richten!“ verriet die Mutter raschfüchtig; „Ihr hässliches Glück zerstören, oder wenigstens sie damit ins Schach zu halten.“ — „Ach! Wichtig! Ich verstehe.“

Bei der Rückkehr ihres Gemahls nach Moultry hatte Lady Alicia allen Grund, mit sich zufrieden zu sein, daß sie an dem Pulse jede Spur von Gewalt hatte beiseite lassen; denn das erste, was der Baronat, war, es zu versiegeln, sorgfältig zu verpacken und an Mary nach London zu senden. Es war die einzige Bitte gewesen, die sie an ihn gestellt hatte.
„In spät!“ dachte Milady, „zu spät! diesmal habe ich gewonnen.“ Und in der Bosheit ihres Herzens freute sie sich bei dem Gedanken, daß sie, wie sie vermutete, das Glück und den hässlichen Frieden ihrer Stieftochter in der Gewalt habe.
„Es hätte viel schlimmer gehen können,“ bemerkte der Baron, als die Rede auf die Geirat kam, „das eigenartige Mädchen hat eine Partie gemacht, um die sie die stolze Familien des Landes beneiden werden. Lord Cheeverly kam meine Ansprüche an die längst schlummernde Pairie wesentlich unterstützen.“

Seine Frau zuckte verächtlich die Achseln; das lag ihr an einem höheren Range, wenn auf der anderen Seite Pensivität verloren ging.
„Mit dem Gut,“ fuhr der Sprecher fort, „ist's allerdings unglücklich gegangen; aber früher oder später hätte ich es doch hergeben müssen. Liebrigen haben sich Mary und ihr Mann ganz nobel benommen, denn keins von ihnen hat auch nur nach den

bedeutenden Erbschaften während ihrer Minderjährigkeit und seit sie volljährig geworden getraut.“
„Und damit bist Du zufrieden?“ rief seine Frau verächtlich. — „Zwischen zufrieden sein und sich zufrieden geben ist ein großer Unterschied,“ verriet Sir Barnard Gaston. „Wäre auch nur entfernt an einen günstigen Erfolg zu denken gewesen, so hätte ich gewiß nicht nachgegeben; aber so — zu was soll ich denn aus dem Carl und meiner Tochter mir auf Lebenszeit Feinde machen. Nein, Alicia, so darf uns die Leidenschaft nicht verblenden.“

„Dich verblendet die Pairie!“ — „Und Dich Dein Haß gegen Mary!“
„Ich habe eben nicht große Ursache, sie zu lieben,“ bemerkte Milady. — „Und doch muß Du sie zu lieben scheinen,“ sagte der Baron. „Warum sollen wir denn, weil uns der große Kreis entwirft ist, nicht die Vorteile erarbeiten, die diese Verbindung uns bietet?“
„Vorteile? Davon sehe ich nichts.“
„Weil Ärger und weibliche Eitelkeit Dich verblenden,“ entgegnete Sir Barnard. „Du bist es seit Jahren gewöhnt, Deine Stieftochter als ein unbedeutendes Mädchen zu betrachten, dessen gute oder üble Meinung Dir ziemlich gleichgültig sein konnte. Aber jetzt ist es anders. Lady Cheeverly, die Gattin des geehrten Ministers, ist nicht mehr Mary Gaston. Ihr Einfluß in der Gesellschaft wird ein ungeheurer sein. Doch was brauche ich mit Dir zu rechten.“
Fuhr Sir Barnard in strengem Tone fort, „als Dein Gatte befehle ich Dir, Lady Cheeverly alle mögliche Aufmerksamkeit zu erweisen. Du bist das für eine Kränkung, ich — sehe es als eine Ehre an. Wäre Albert am Leben geblieben, so müßte ich mich meines Erben doch nicht schämen, er hätte gewiß den Namen des Vaters nicht beschimpft.“

Bei diesen furchtbaren Worten erwachte das Gemüß in dem schuldbeladenen Weibe, sie ward todbleich und zitterte, vielleicht mehr noch für die Zukunft, als bei der Erinnerung an die Vergangenheit. Schon eine Zeit lang hatte sie geglaubt, daß zwischen Vater und Sohn ein Geheimnis obwalten müsse. Welcher Art es sei, darüber fehlte ihr alle Vermutung, aber das scheue Benehmen des letzteren in Gegenwart Sir Barnards, der Blick voll Schreden, mit dem er den Vater oft verlobten ansah, verriet ihr, daß es ein furchtbares war. „Ich werde mein Möglichstes tun, Dir zu gehorchen,“ murmelte sie, „aber für Laura kann ich nicht stehen.“

„Für sie bürgt mir ihre Eitelkeit,“ verriet Sir Barnard Gaston wegwerfend. „Mit der Gräfin Cheeverly wird Lady Ausgrabe gewiß auf gutem Fuß zu stehen wünschen. Wir müssen bis zum ersten Leier in der Stadt sein. In acht Tagen verlassen wir Moultry.“
„Werden uns Egbert und seine Frau begleiten?“ mochte die Baronin noch zu fragen.
Ein trockenes Nein war die Antwort und der Gemahl entfernte sich, indem er Lady Alicia in seiner beneidenswerten Gemütsstimmung zurückließ. Sie zitterte für ihren Sohn. Nie zuvor noch hatte Sir Barnard in solchem Tone der höchsten Verachtung von Egbert gesprochen. Daß dieser in Schulden fiel, das konnte doch nimmer solche Gefühle in der Brust eines Vaters erwecken, dazu gehörte mehr. Und dann diese Anspielung auf Albert; nie seit seinem Tode hatte ihr Gatte des Namens seines Erstgeborenen gegen sie erwähnt. Es litt sie nicht in ihrem Zimmer, sie mußte den Kapitän sehen, mit ihm zu einer Erklärung kommen.
(Fortsetzung folgt.)

Zur Aufklärung in der Bierpreisfrage!

Bis jetzt war der unterzeichnete Verband eifrig bestrebt, in der Bierpreisfrage mit allen Interessentengruppen eine Verständigung zu erzielen und demgemäß eine friedliche Lösung herbeizuführen; deshalb hat man es bis jetzt auch vermieden, auf die verschiedenen öffentlichen grundlosen Angriffe zu reagieren. Nachdem aber nunmehr durch das unverständliche Vorgehen der freien Gewerkschaften dieser Angelegenheit eine andere Wendung gegeben worden ist, halten wir es für angebracht, in kurzen Ausführungen den unrichtigen Behauptungen zu begegnen.

Entschieden müssen wir den Vorwurf zurückweisen, als hätten wir über den Kopf der Konsumenten hinweg mit den Wirten zusammen kurzerhand die Bierpreise festgesetzt. **Schon im November v. Js. haben wir mit dem hiesigen und Pforzheimer Gewerkschaftskartell verhandelt** und dort unsern Standpunkt ausführlich begründet. Am 17. März d. Js. führten wir mit den freien Gewerkschaften wieder eine Aussprache herbei, wozu durch das hiesige Gewerkschaftskartell die mittelbadischen Kartelle von Bruchsal bis Achern einschließlich eingeladen waren, **also auch Pforzheim**. Wenn auch der Vorsitzende des letzteren Kartells dieses Einladungsschreiben nicht erhalten haben will, so ist doch sicher, daß er noch an demselben Abend in Pforzheim Kenntnis von der in Karlsruhe stattfindenden Besprechung erhalten hat. Uebrigens war ja auch das Pforzheimer Kartell zu der gemeinschaftlichen Versammlung der Brauer und Wirte vom 9. März d. Js. zugezogen und deshalb eingehend über die ganze Frage unterrichtet. Wir haben es dann auch in der Folge an nichts fehlen lassen, uns mit den Führern der Gewerkschaften zu verständigen. Dabei sei uns die Frage erlaubt: Welches andere Gewerbe, außer der Brauindustrie, hat jemals mit der Gesamtheit der Abnehmer verhandelt, wenn ein allgemeiner Preisausschlag der Waren erfolgen sollte?

Wenn also schon der Vorwurf, als hätten wir die Konsumenten ignoriert, in sich zusammenfällt, so haben wir des weiteren auch stets den festen Willen gezeigt, uns mit der Arbeiterschaft über den neuen Tarif zu verständigen. Daß wir in keiner Weise den Arbeitern irgendwie etwas vorenthalten wollten, beweist eklatant der Umstand, daß wir uns sofort von vornherein bereit erklärt haben, nach Abschluß des neuen Tarifs die erhöhten Löhne ab 1. April nachzuzahlen. Wir haben auch nach Aufnahme der Tarifvertragsverhandlungen den Arbeitern trotz der schlechten Konjunktur beträchtliche Lohnaufbesserungen in Aussicht gestellt, obwohl die Brauereiarbeiter bis jetzt schon mit die höchsten Löhne aller Branchen hatten. Verdient doch bei uns jetzt ein 18jähriger Brauer geringstensfalls ein Jahreseinkommen von 1534 Mk. und derselbe Arbeiter im 20. Lebensjahr bereits 1638 Mk., ganz abgesehen von allen möglichen Nebenvergünstigungen wie bezahlter Urlaub u. s. f. Künftig würden sich die entsprechenden Zahlen voraussichtlich auf 1650 bis 1700 Mk., bzw. 1750 bis 1800 Mk. berechnen, also Einkünfte, um die unsere Brauburschen von den meisten B.-amten beneidet werden dürften. Und angesichts solcher Lohnskalen vermochte ein Vertreter des Pforzheimer Gewerkschaftskartells trotzdem zu sagen: „Für die Brauereiarbeiter hat man schon seit Jahr und Tag nichts getan“.

Wenn ein Arbeitgeber sich zu solchen Lohnzahlungen verpflichtet, dann muß er andererseits auch wieder die Garantie haben,

daß er diese Summen in seinem Geschäft vereinnahmt. Deshalb haben wir auch eine Klärung der Bierpreisfrage vor dem definitiven Abschluß bzw. dem Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags verlangt und wollen naturgemäß als Äquivalent für die großen Opfer von derselben Arbeiterschaftvertretung, die die Vorteile für sich beansprucht, auch die Zusicherung haben, daß sie uns andererseits keine Schädigungen mehr durch Boykotte zufügt. Diese ganz logische selbstverständliche Bedingung wurde auch ursprünglich von den Gewerkschaftsführern als **berechtigt zugestanden**. Wenn auch Pforzheim einbezogen wird, so hat dies seinen folgerichtigen Grund darin, daß der Tarifvertrag nicht allein für Karlsruhe, sondern gleichzeitig auch für unsere Pforzheimer Mitglieder Geltung erlangen soll.

Ein stichhaltiger Grund für die jetzt allorts inszenierten Boykotts ist nicht gegeben, da uns fast allseitig und auch aus den Reihen der einsichtigeren Arbeiterbevölkerung zugestanden wird, daß wir mit unserm Preisausschlag **in durchaus bescheidenen Grenzen** geblieben sind. Wir können anerkanntermaßen die uns aufgezwungene Steuerbelastung nicht tragen, sondern müssen sie abwälzen, andererseits verlangt auch die geradezu **trostlose Lage des Wirtstands dringend eine Remedur**. Dabei werden jetzt hier von den Wirten nur **Ausschankpreise** verlangt, die mancherorts in Baden schon seit Jahren anstandslos bezahlt werden.

Die Arbeiterführer vollführen aber mit den Boykott-erklärungen keineswegs eine soziale Tat und erweisen ihren Anhängern keinen Dienst. Denn sie drängen die Arbeiter zu Getränken hin, an denen fast durchgängig 150 und noch mehr Prozent verdient werden, ohne daß hiervon der inländischen Arbeiterschaft auch nur etwas Remenswertes wieder zugute kommt. Die Gesundheit der Arbeiterbevölkerung leidet **unter diesen viel alkoholhaltigeren Getränken**, die bekanntermaßen großenteils dank ihrer zweifelhaften Zusammensetzung sehr schädlich auf den Organismus wirken, sehr not. Durch diese Produkte wird der Arbeiterschaft das Geld in reichlichem Maße aus der Tasche geholt. Wäre es nicht viel richtiger, man würde den Arbeitern das ihm zuträglichste gesunde Nahrungsmittel, das Bier, für das nur ein bescheidener Verdienst von den Produzenten genommen wird, genießen lassen!

Die Bierboykotte dienen eben wie dies auch aus den betr. Kreisen selbst zugestanden wird, nur parteipolitischen Zwecken. Man sollte aber einerseits meinen, daß dieser Absicht durch die Vorgänge im Norden usw. längst Genüge getan wäre, andererseits dürfte auch ein solcher Demonstrationzweck doch zu teuer erkauft sein dadurch, daß man **grundlos eine Industrie schädigt, die Tausenden von Arbeitern Verdienst gibt — unser engbegrenzter Sozialverband beschäftigt allein 1200 Arbeiter**. — Die zahlreichen, allein durch das Verhalten der Gewerkschaften brotlos werdenden Brauereiarbeiter werden es den Urhebern wenig danken und kaum Verständnis haben für die Aeußerung eines Pforzheimer Gewerkschaftsvertreters, man könne auf die Brauereiarbeiter **und die Wirte keine Rücksicht nehmen**.

Karlsruhe, den 16. April 1910.

**Verband der Brauereien
von Karlsruhe und Umgebung G. B.**